

- 9. Abschnitt: Der Autor formuliert vorwurfsvoll und anklagend in Richtung unbekannter Adressaten: All diese Fehlentwicklungen seien gewollt und keineswegs Nebenwirkungen der Märkte des neuen Kapitalismus.
- 10. Abschnitt: Der Autor stellt als Konsequenz aus seinen Betrachtungen Forderungen an den Staat und die Gewerkschaften auf: Sie sollten wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen.

Intention des Autors: Sennett versucht, die Ängste, die der soziale Wandel hin zum neuen Kapitalismus bei vielen Menschen seines Erachtens auslöst, ernst zu nehmen. Daher sucht er nach den Gründen und Lösungsmöglichkeiten für diese Ängste.

3. Erörtern Sie die Position des Autors zum „neuen Kapitalismus“. (Anforderungsbereich 3 – Sachkompetenz/Urteilskompetenz – Schwerpunkt: Eine Position auf ihren Wert und ihre Stichhaltigkeit prüfen und auf dieser Grundlage eine eigene Stellungnahme entwickeln.)

Die Schülerinnen und Schüler erörtern die Position des Autors zum „neuen Kapitalismus“, indem sie auflisten und abwägen, was für und was gegen Sennetts Kritik am neuen Kapitalismus spricht. Sie beschließen ihre Erörterung mit einem eigenen selbstständigen Gesamturteil, mit dem Sennetts Äußerungen zusammenfassend bewertet und zur Sachfrage des neuen Kapitalismus persönlich Stellung genommen wird.

Mögliche Erörterungsaspekte:

pro Sennetts Kritik am neuen Kapitalismus
<ul style="list-style-type: none"> - Sennetts Beobachtungen zur Schrumpfung lebenslanger beruflicher Anstellungen sind statistisch nachgewiesen. Die Flexibilisierung der Arbeit und die atypischen Beschäftigungsverhältnisse sind vielfach beobachtet und belegt worden und nachweislich Ursache einer besorgniserregenden Prekarisierung. - Sennett behält „Freiheit“ als Ziel einer gerechten Gesellschaft im Auge, obwohl er kein (Neo-)Liberaler ist. Dabei hat er einen starken Begriff von „Freiheit“ im Sinne von Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. - Sennett erkennt den Wachstumseffekt des Kapitalismus als Reichtumssteigerung an. - Sennett erkennt gewachsene „Ich-Eigenschaften“ der Menschen als Positiventwicklung des neuen Kapitalismus an. - ...
kontra Sennetts Kritik am neuen Kapitalismus
<ul style="list-style-type: none"> - Sennett stellt sehr allgemeine, unkonkrete und oft wenig gestützte Behauptungen auf, er lässt es an statistischen Absicherungen ebenso fehlen wie an theoretischen Bezügen. - Das meiste, was Sennett dem neuen Kapitalismus zuschreibt, wies auch schon der alte Kapitalismus auf: z. B. Furcht vor Abhängigkeit und Sorge um den Verlust der Selbstbestimmung. Dies hatte schon Marx auf den Punkt gebracht. - Sennett liefert keine Lösungsvorschläge für die von ihm gesehenen Probleme. - Sennett klagt an, dass die verheerenden Folgen des neuen Kapitalismus „gewollt“ seien, sagt aber nicht, von wem. - ...

Kürzungsvorschlag für eine zweistündige Klausur:

Aufgabe 2 und 3 zu folgender Aufgabe zusammenfassen: Vergleichen Sie den sozialen Wandel, den die Industrialisierung des 18. und 19. Jahrhunderts in Deutschland auslöste, mit dem heutigen sozialen Wandel, den Sennett vor Augen hat, und beurteilen Sie die Berechtigung, hier von einem „neuen Kapitalismus“ zu reden.

Hinweise für den Erwartungshorizont:

Der soziale Wandel des 18. und 19. Jahrhunderts hat eine Agrargesellschaft in eine Industriegesellschaft verwandelt. Dementsprechend sind bspw. die Urbanisierung, die Maschinisierung und die Kommerzialisierung, aber auch die Entstehung der Arbeiterklasse als primäre Prozesse anzusehen, wohingegen der heutige soziale Wandel diese Entwicklungen voraussetzt und weitere, andere Entwicklungen hinzufügt, z.B. die Globalisierung, die Digitalisierung, die Prekarisierung. Die Berechtigung des Begriffs „neuer Kapitalismus“ kann an obiger Tabelle (pro Sennetts Kritik am neuen Kapitalismus“) als Erwartungshorizont bewertet werden.

Zu Großkapitel 5

1. Beschreiben Sie das Sozialversicherungssystem in Deutschland und seine Ursprünge. Gehen Sie dabei auch auf die aktuellen Probleme ein und erläutern sie deren Ursachen (unter zu Hilfenahme von M 1).

(Anforderungsbereich I und II – Sachkompetenz/Methodenkompetenz/Urteilskompetenz – Schwerpunkt: wesentliche Aspekte eines Sachverhaltes im Zusammenhang wiedergeben und durch Wissen und Einsichten einordnen, deuten)

In Deutschland gibt es fünf Säulen der Sozialversicherung:

- Krankenversicherung,
- Arbeitslosenversicherung,
- Unfallversicherung,
- Rentenversicherung,
- Pflegeversicherung.

Durch Sozialversicherungen sichert der Sozialstaat (oder Wohlfahrtsstaat) seine Bürgerinnen und Bürger gegen existenzgefährdende Risiken wie Krankheit ab. Das Sozialstaatsystem ist historisch gewachsen und wird seitdem immer wieder reformiert und ergänzt. Die Anfänge der Wohlfahrtsstaaten liegen im Zeitalter der Industrialisierung. Die Bevölkerung sah sich plötzlich mit neuen Risiken wie Invalidität (durch Arbeitsunfälle) und Arbeitslosigkeit konfrontiert. Unter Bismarck wurden Ende des 19. Jahrhunderts schließlich die Sozialversicherungen (Renten-, Kranken- und Unfallversicherung) eingeführt, um Fabrikarbeiter und ihre Familien zu schützen. Nach und nach wurde dieser Schutz erweitert, sodass er allmählich auch andere Bevölkerungsteile und andere Risikofaktoren umfasste. Die Pflegeversicherung kam als letzte Säule der Pflichtversicherungen im Jahr 1995 hinzu. In den letzten Jahren ist der Wohlfahrtsstaat jedoch zunehmend in die Kritik geraten. Da er in dieser Form nicht mehr finanzierbar sei, müssten Sozialleistungen des Staates, so die Kritiker, drastisch reduziert werden. Ursache für die Probleme des Sozialstaates ist v.a. der demografische Wandel. Seit den 1960er-Jahren („Pillenknicke“) gingen die Geburten in Deutschland zurück, bis sie sich statistisch gesehen auf etwa 1,4 Kinder pro Frau einpendelten. Gleichzeitig erhöhte sich die Lebenserwartung der Menschen. Betrug die Lebenserwartung eines Säuglings 1957/58 nur 66,3 Jahre (Männer) bzw. 71,4 Jahre (Frauen) so stieg sie 2008/2010 auf bereits 77,6

Jahre (Männer) bzw. 82,7 Jahre (Frauen). D.h., die Lebenserwartung stieg um über 10 Jahre. Die Jungen, Arbeitsfähigen, die in die Sozialversicherungssysteme einzahlen, werden also in Deutschland demnach immer weniger, während der Anteil der Älteren, welche Rente beziehen und eher krank oder pflegebedürftig sind, steigt. Der sogenannte Generationenvertrag verliert seine normative und praktische Basis, die Funktionalität der Sozialversicherungssysteme wird zusehends fragmentiert.

2. Arbeiten Sie aus M2 den Vorschlag des CDU-Abgeordneten Wanderwitz und die Reaktionen der anderen Politiker heraus. (Anforderungsbereich II – Sachkompetenz/Methodenkompetenz – Schwerpunkt: Sachverhalte herausfinden und Zusammenhänge zwischen Ihnen herstellen)

Wanderwitz' Vorschlag
<ul style="list-style-type: none"> – Kinderlose (ab 25 Jahren) sollen mit einer Sonderabgabe finanziell stärker belastet werden (1% des Einkommens) – Staffelung nach Anzahl der Kinder – zur Stabilisierung der Pflege- und Krankenversicherung
Unterstützer
<p>Haderthauer (CSU):</p> <ul style="list-style-type: none"> – derzeit gebe es in den Sozialversicherungssystemen eine Gerechtigkeitslücke zwischen Menschen mit und ohne Kindern – Eltern dürften nicht mit denselben Beiträgen belastet werden wie jemand, der das egal aus welchen Gründen nicht mache – „Wir müssen wieder in eine Gesellschaft hineinwachsen, in der es nicht völlig egal ist, wie man lebt“ (Z. 24 ff.) <p>Jens Spahn (CDU):</p> <ul style="list-style-type: none"> – „Thema finanzielle Vorsorge für die Alterung in den sozialen Sicherungssystemen müsse mit konkreten Aussagen Eingang in die Demografie-Strategie der Bundesregierung finden“ (Z. 42 ff.) – „Ich wäre als Kinderloser gerne bereit, einen höheren Beitrag zur Entlastung von Familien zu zahlen“ (Z. 45 f.) – „So machen wir es ja bei der Pflege heute schon“ (Z. 46 f.)
Kritiker
<p>Familienministerin Schröder (CDU):</p> <ul style="list-style-type: none"> – Kinderlosigkeit solle nicht bestraft, sondern Kinderwünsche befördert werden <p>Katja Dörner (Grüne):</p> <ul style="list-style-type: none"> – der Vorwurf, Kinderlose seien verantwortungslos, ist ungerecht – vielmehr solle sich Frau Haderthauer der Forderung anschließen, das Ehegattensplitting abzuschaffen, womit erhebliche Steuererleichterungen, die rein an den Trauschein geknüpft sind, beendet und Milliardenbeträge tatsächlich für die Unterstützung des Lebens mit Kindern investiert werden

3. Interpretieren Sie die Karikatur (M 3) und diskutieren Sie im Anschluss den Vorschlag des jungen CDU-Abgeordneten und überlegen Sie sich alternative Möglichkeiten zur Stabilisierung der Sozialversicherungssysteme. Haben diese Systeme überhaupt noch eine Zukunft? (Anforderungsbereich III – Sachkompetenz/Methodenkompetenz/Urteilskompetenz – Schwerpunkt: Erschließen von Sinnzusammenhängen aus Materialien; Pro- und Kontra-Argumente entwickeln und auf deren Basis zu einer begründeten Bewertung finden)

Zum Vorschlag des CDU-Abgeordneten:

- Beschreibung der Karikatur: Es handelt sich um eine Karikatur eines Zeichners mit dem Pseudonym „Erl“, welche am 18. Dezember 2007 erschienen ist. Der Titel lautet „Geburtenrate“. Man sieht ein Kind in der Bildmitte, welches von vielen Reportern, erkennbar an Mikrofonen und Kameras, umzingelt ist. Jemand sagt: „Die Sensation!! Ein Kind!!“. An der eingblendeten Jahreszahl kann man erkennen, dass hier eine Situation im Jahre 2057 in Deutschland dargestellt ist.
- Ermitteln/Herausarbeiten: Das Bild geht auf die seit Jahren andauernden Berichterstattungen zurück, dass die Geburtenrate in Deutschland abnimmt beziehungsweise sich auf etwa 1,4 Kinder pro Frau eingependelt hat.
- Bewerten der Karikatur: Der Karikaturist will mit dieser Zeichnung kritisch auf diese Problematik hinweisen und zeigen, dass, wenn der Trend so weitergeht, Kinder zukünftig die sensationelle Ausnahme sind.

Pro
<ul style="list-style-type: none"> – Die sozialen Versicherungssysteme können so nicht mehr finanziert werden, da es immer weniger Leute gibt, die einzahlen, und gleichzeitig immer mehr, die die Leistungen in Anspruch nehmen. Es muss einen Anreiz geben, dass die Menschen wieder mehr Kinder bekommen und dadurch das System wieder stabilisiert wird. Eltern tragen dazu bei, dass wieder eine neue Generation heranwächst, die den Generationenvertrag erfüllen kann, von dem auch die Kinderlosen profitieren. – Eltern haben eine erhebliche finanzielle Belastung und tragen auch ein finanzielles Risiko, vor allem je mehr Kinder sie bekommen. Zum einen müssen sie beruflich zeitweise aussetzen oder kürzertreten (Mutterschutz, Elternzeit, Teilzeit). Zum anderen haben sie dadurch etliche Zusatzkosten (größere Wohnung/Haus, größeres Auto, Kleidung, Essen, Freizeitaktivitäten der Kinder, Schulbildung). Kinderlose können eher Karriere machen, denn sie müssen nicht aussetzen oder beruflich kürzertreten und fallen auch nicht gelegentlich aus, weil ein Kind krank ist. Zudem sind sie flexibler und können leichter einen Job in einer anderen Stadt oder einem anderen Land annehmen. Hinzu kommt, dass sie weniger finanzielle Ausgaben haben.
Kontra
<ul style="list-style-type: none"> – Man kann Kinderlose nicht bestrafen. Zwar gibt es etliche, die sich bewusst gegen Kinder entschieden haben, aber es gibt auch viele, die gerne Kinder gehabt hätten, aber keine bekommen haben (beispielsweise wegen Unfruchtbarkeit oder weil man keinen passenden Partner gefunden hat). Für Letztere wäre es eine zusätzliche Strafe, wenn sie auch noch finanziell etwas abgeben müssten. – Außerdem entsteht der Eindruck, dass man eine Entscheidung für eine Lebensweise bestrafen möchte. Man kann niemandem die eigene Lebensvorstellung diktieren. – Es ist nicht klar, ob durch zusätzliche Abgaben von Kinderlosen mehr Kinder geboren werden. – Was passiert, wenn man später Kinder bekommt? Man ist hier denjenigen gegenüber benachteiligt, die Kinder bereits mit Anfang zwanzig bekommen.

Wichtig:

Am Schluss muss eine persönliche Stellungnahme mit Abwägen der Argumente und einer klaren eigenen Entscheidung getroffen werden. Gewertet werden eine logische und konsequente Ausführung der Argumente und die Qualität der Begründung.

Kürzungsvorschlag für eine zweistündige Klausur:

Die Interpretation der Karikatur in Aufgabe 3 weglassen.
Alternative: Die Karikatur auch nicht in der dreistündigen Klausur verlangen und zum Kürzen den letzten Teil der Diskussionsfrage (ab „und überlegen Sie sich alternative Möglichkeiten zur Stabilisierung der Sozialversicherungssysteme. Haben diese Systeme überhaupt noch eine Zukunft?“) weglassen.

Zu Großkapitel 6

1. Fassen Sie die zentralen Aussagen des Redeauszugs zusammen. (Anforderungsbereich I – Methodenkompetenz – Schwerpunkt: eine möglichst eigenständige Zusammenfassung mit Kurzzitaten quellenspezifischer Begriffe geben können)

Der 1. Mai – der zugleich Frühlingsanfang bedeutet – wandelt sich vom „Symbol des Klassenkampfes“ (Z. 9f.) zum „Symbol der großen Einigung und Erhebung der Nation“ (Z. 11f.). Jede „schaffende Arbeit“ (Z. 15) für das Volk soll gewürdigt werden. „Standesdünkel“, „Klassenwahnsinn“ und die „Zerstörung der Volksgemeinschaft“ sind zu überwinden (Z. 20 ff.). Deshalb muss jeder Deutsche, unabhängig von seiner Herkunft, einmal in seinem Leben im Rahmen einer „Arbeitsdienstpflicht“ (Z. 40) die Handarbeit kennenlernen. In Parlament und Wirtschaft sollen Mehrheitsbeschlüsse entfallen, um die „schöpferische Initiative“ (Z. 45) zu stärken. Das deutsche Volk muss eine „Einheit“ werden. Es darf nie ein „Joch“ anerkennen (Z. 56 ff.). Es wird „Menschen, die nicht für Deutschland sind, nicht mehr unter sich dulden“ (Z. 60f.). Auf der gemeinsamen Arbeit des so geeinten, opferbereiten Volkes wird der „Segen der Vorsehung“ (Z. 54f.) ruhen; das deutsche Volk wird mit Recht „vor den Herrn hintreten“ (Z. 63f.) und ihn bitten dürfen, Deutschlands Kampf um seine Freiheit zu segnen.

2. Erläutern Sie, was Hitler konkret meint

a) mit dem „Entschluss, jeden einzelnen Deutschen [...] einmal in seinem Leben zur Handarbeit zu führen“ (Z. 34 ff.),

b) mit der „Befreiung der schöpferischen Initiative von den verhängnisvollen Einwirkungen majoritativer Beschlüsse“ „im Parlament“ und „in der Wirtschaft“ (Z. 45 ff.).

(Anforderungsbereich II – Sachkompetenz/Methodenkompetenz – Schwerpunkt: verklausulierte Formulierungen Hitlers inhaltlich entschlüsseln und im historischen Zusammenhang erläutern können)

a) Gemeint ist die Einrichtung des Reichsarbeitsdienstes (RAD) 1933, der in den folgenden Jahren einen erheblichen Teil der männlichen (weniger der weiblichen) Beschäftigungssuchenden vom Arbeitsmarkt abzog und aus der Arbeitslosenstatistik verschwinden ließ. Die Arbeitsdienstpflicht für Gemeinschaftsaufgaben sollte darüber hinaus vor dem Hintergrund der Volksgemeinschafts-Ideologie Angehörige der verschiedenen sozialen Schichten zusammenführen.

b) Sowohl im Parlament als auch in der Wirtschaft soll die „schöpferische Initiative“ – das heißt das Handeln der Entscheidungsträger – nicht mehr an demokratieübliche, aus der Sicht des Nationalsozialismus aber schädliche Mehrheitsbeschlüsse gebunden sein. Gemeint ist damit zum einen die Abschaffung der Bindung des Regierungshandelns an parlamentarische Mehrheitsbeschlüsse im Gesetzgebungsverfahren. Dies war zum Zeitpunkt der Rede bereits geschehen – vor dem Hintergrund der einschüchternden sogenannten Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933, die vor allem die Grundrechte aufhob – durch das verfassungsändernde sogenannte Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933, mittels dessen die Gewaltenteilung aufgehoben und die Reichsregierung, am Reichstag und am Reichspräsidenten vorbei, ihr eigener Gesetzgeber wurde. Zum anderen wurden im Zuge der NS-Gleichschaltungspolitik bereits am 2. Mai 1933 die Gewerkschaften ausgeschaltet und durch die NS-treue Deutsche Arbeitsfront (DAF) ersetzt – was Hitler zum Zeitpunkt seiner Rede längst angeordnet hatte. Darüber hinaus führte das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ (AOG) vom 20. Januar 1934 das Führerprinzip in den Betrieben ein; an die Stelle der Betriebsräte traten von den Unternehmern dominierte, treuepflichtige „Vertrauensräte“ mit lediglich beratender Stimme. Entscheidungen durch Mehrheitsbeschlüsse gab es in der Wirtschaft nur auf der Unternehmer- und Eigentümerebene, das heißt in Vorständen, Aufsichtsräten und Aktionärsversammlungen – daran wurde nicht gerüttelt.

3. In dem Redeauszug werden Hitlers Vorstellungen von der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ deutlich. Arbeiten Sie diese heraus und nehmen Sie dazu Stellung. (Anforderungsbereich III – Deutungs- und Reflexionskompetenz – Schwerpunkt: das NS-Volksgemeinschaftskonzept aus Hitlers Redetext herausarbeiten und einer begründeten historisch-politischen Kritik unterziehen können)

Aus Hitlers Ausführungen wird erkennbar, wie er sich die „Volksgemeinschaft“ vorstellt. Sie besteht aus dem geeinten deutschen Volk, das gemeinsam arbeitet, in dem es keine Standes- oder Klassengrenzen mehr gibt und alle sich „brüderlich“ vertragen. Jede ehrliche geistige oder körperliche Arbeit für das Volksganze wird geachtet, jeder lernt einmal im Leben im Arbeitsdienst körperliche Arbeit kennen. Politik und Wirtschaft werden nicht mehr durch Mehrheitsbeschlüsse eingengt – demnach soll überall das NS-Führerprinzip herrschen. Gegner des Nationalsozialismus („Menschen, die nicht für Deutschland sind“, Z. 60) werden aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen – sie müssen also das Land verlassen oder werden eingesperrt. Die solchermaßen hergestellte Volksgemeinschaft kann dann mit Gottes Segen für Deutschlands Freiheit – das heißt gegen den Vertrag von Versailles – kämpfen.

Diese Vorstellungen beruhen zunächst auf der Illusion, man könne real vorhandene, das heißt durch die Eigentumsverhältnisse gegebene, klassengesellschaftliche Strukturen samt dem dazugehörigen trennenden Klassenbewusstsein allein durch Ausschaltung der Arbeiterbewegung, Förderung des nationalen Denkens, sozialpolitische Maßnahmen sowie eine Arbeitsdienstpflicht überwinden. Dies war jedoch objektiv unmöglich – ohne gesellschaftliche Struktur-reformen musste die „Volksgemeinschaft“ ein, allerdings für viele Deutsche durchaus attraktives, Propagandaversprechen bleiben.